

Politischer Bericht No.19/20.
=====

Berlin, den 14. März 1920.

Herr Bundespräsident,

Ich habe Sie, so gut es ging, telegraphisch über die Ereignisse der letzten Tage auf dem Laufenden gehalten, obwohl ich mir sagen mußte, daß Sie wahrscheinlich durch die Meldungen aus dem übrigen Teil von Deutschland rascher und zuverlässiger über die Gesamtlage unterrichtet werden als ich.

Die Lage hier in Berlin erscheint mir als eine sehr ernste, weil die hiesigen Truppen geschlossen auf Seite der neuen Regierung stehen und weil sie geführt werden von General Lüttwitz, einem Manne, der allgemeines Ansehen genießt und über eine rücksichtslose Energie verfügt. Er hat im Gespräche mit Unterstaatssekretär v. Haniel das harte Wort gesprochen: "Wir werden, wenn nötig, den roten Terror durch den weißen zu brechen wissen". Man muß sich also von dieser Seite auf Maßnahmen von äußerster Kraft gefaßt machen, wenn die alte Regierung nicht nachgibt, und dazu ist wenig Aussicht vorhanden und liegt wohl auch keine Veranlassung vor, denn es zeigt sich immer mehr, daß Süd- und wohl auch Mitteldeutschland zur alten Regierung stehen und daß die Arbeiterschaft zum äußersten Widerstand

An den

Chef des Eidgenössischen Politischen Departementes,

Herrn Bundespräsident M o t t a ,

B e r n .
_____

entschlossen ist, weil sie die sozialen Errungenschaften der Revolution gefährdet glaubt. Unter diesen Umständen sind blutige Kämpfe, wie sie in Frankfurt bereits stattgefunden haben, beinahe unvermeidlich. Hier in Berlin scheint die Bevölkerung eher auf Seite der neuen Regierung zu stehen, wenn auch ohne eigentliche Begeisterung, aber die organisierten Arbeiter sind sofort in den Streik getreten, der bis morgen (Montag) allgemein werden soll. Welches die Wirkungen des Generalstreiks sein werden, ist nicht vorauszusehen. Die neue Regierung glaubt über genügend Kräfte zu verfügen, um mit Hilfe der Einwohnerwehr die sog. technische Nothilfe für die lebensnotwendigen Betriebe aufrecht zu erhalten zu können.

Durch diese Vorgänge ist der Gegensatz zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten in den Hintergrund gedrängt und die Gefahr geschaffen worden, daß die besonnenen Elemente der Arbeiterschaft nach links umfallen. Darin liegt augenblicklich die größte politische Gefahr, die sich aus diesem Putsch ergeben kann.

Ich war gestern sofort auf dem Pressebureau der neuen Reichsleitung, wo man mir Auskünfte gab, die sich in der Folge als unzutreffend herausgestellt haben. Heute früh bin ich dorthin zurückgekehrt und fand die Stimmung schon wesentlich gedrückter, denn die Nachrichten aus dem übrigen Deutschland scheinen die gehegten Erwartungen nicht zu erfüllen.

Das Stadtbild von Berlin bietet augenblicklich nichts Beunruhigendes: Die Truppen patrouillieren überall und haben auch an allen wichtigen Plätzen und Verkehrspunkten Maschinengewehre aufgestellt. Diese Gegenden sehen aus wie ein Feldlager, die Truppe verhält sich aber durchaus diszipliniert. Der Verkehr ist an vielen Punkten kontrolliert und nur an wenigen gesperrt. Die Wachen ziehen

überall mit klingendem Spiel und im Paradeschritt auf, ganz wie in der Zeit vor der Novemberrevolution. Die Straßenbeleuchtung ist auf ein Minimum reduziert.

Auf allen öffentlichen Gebäuden wehen die alten Banner mit dem Reichsadler und das Publikum begrüßt im allgemeinen diese Abzeichen mit Sympathie. Der Straßen- und Untergrundbahnverkehr ruht vollständig.

Der Putsch kam der alten Regierung und dem weiteren Publikum völlig unerwartet. Nach Mitteilungen, die mir aus Kreisen der neuen Regierung geworden sind, war das Ereignis erst für Anfang April geplant. Da jedoch die alte Regierung im Laufe des 12. März Wind bekam von der Sache und energische Gegenmaßnahmen angeordnet hatte, mußte von Seite der Gegenrevolutionäre rasch gehandelt werden. So entschloß man sich in der Nacht vom 12. auf den 13., der Regierung ein Ultimatum zu stellen, das morgens halb vier Uhr dem Reichskanzler zugestellt wurde und die Aufforderung enthielt, entweder die sofortige Neuwahl des Reichstages und die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk zuzusichern oder abzudanken. Die Regierung hielt um 4 Uhr Sitzung und beschloß, das Ultimatum abzulehnen. Darauf rückten sofort die revolutionären Truppen in die Regierungsgebäude ein und die Mitglieder der Regierung verließen fluchtartig ihre Wohnungen und Berlin. Nur der Vizekanzler Schiffer blieb zurück und wurde in Schutzhaft genommen. Die alte Regierung fuhr in Automobilen nach Dresden und erließ dort sofort eine Proklamation gegen "die Militärdiktatur in Berlin". Der Wortlaut dieser Proklamation ist hier nicht bekannt geworden. Hinsichtlich des weiteren Verlaufs der Ereignisse darf ich auf meine telegraphischen Berichte verweisen.

Aus den bisherigen Kundgebungen der neuen Regierung, welche ich hier beiläge und die alle in die Form von Flugblättern

gekleidet sind, welche durch Truppen in Autos und durch Flieger abgeworfen werden, geht hervor, daß man die Bewegung nicht als eine monarchische gelten lassen will, sondern als Protest hinstellt gegen den Versuch der bisherigen Regierung und ihrer parlamentarischen Mehrheit, die Wahlen in den Reichstag ad calendas graecas zu verschieben und die Verfassung im Sinne der Wahl des Präsidenten durch das Parlament zu revidieren. Ich muß dahingestellt sein lassen, ob wirklich nur dieser eine Zweck beabsichtigt ist, aber das scheint mir festzustehen, daß die unmittelbare Veranlassung für den Putsch die obigen Maßnahmen der Regierung gebildet haben. Ich habe diese undemokratischen Tendenzen immer als einen großen politischen Fehler und als einen Beweis für die Schwäche der politischen Stellung der alten Regierung betrachtet und erblicke in diesem Versuche der bisher regierenden Partei eine Verletzung der geltenden Verfassung, welche den "Rechtsradikalen" wenigstens den Schein des Rechts verschafft hat.

Alle ruhig denkenden Leute beklagen das Vorkommnis, weil sie sich sagen müssen, daß dadurch das Land in schwere und nutzlose Kämpfe gestürzt wird, welche letzten Endes den Untergang des Reiches herbeiführen können und die im besten Falle die wirtschaftliche Krisis in bedrohlicher Weise verschärfen werden.

Ein dauernder Erfolg der neuen Regierung scheint kaum denkbar, weil sie nicht über die nötigen Machtmittel verfügt, um die Widerstände zu überwinden, welche ihr aus der Arbeiterschaft und großen Teilen des Reiches entstanden sind. Zu diesen inneren Schwierigkeiten gesellt sich der zweifellos erfolgende Einspruch der Entente. Und endlich stärkt dieses Ereignis ganz gewiß die Loslösungsbestrebungen, über welche ich in früheren Berichten gesprochen habe. Es wird sich zunächst der Gegensatz zwischen Preußen und den übrigen Ländern verschärfen und die Franzosen werden sich diese Gelegenheit nicht entgehen

lassen, um ihren Traum der Zerstückelung Deutschlands zu verwirklichen.

Man mag die Sache ansehen, wie man will, so wird man immer zu dem Schlusse kommen müssen, daß Deutschland von einem neuen, schweren Unglück betroffen worden ist, dessen Folgen nur traurige sein können.

Ich lege hier noch die Morgennummer der "Vossischen Zeitung" vom 13. crt. bei, welche unter dem ersten Eindruck der amtlichen Erklärungen der alten Regierung geschrieben worden ist und die nur zu deutlich die Angst dieses "demokratischen" Organs um die politische Macht und das eigene Leben erkennen läßt. Wenn wahr ist, was mir von verschiedenen Seiten berichtet wird, daß die Gärung unter den Truppen und in der Bevölkerung einen starken antisemitischen Einschlag hat, dann erklärt sich die Angst der Vossischen ohne weiteres, denn sie steht bekanntlich unter ausschließlich und ausgesprochen jüdischer Leitung.

Bemerkenswert ist, daß die führenden Männer der R e c h t s parteien der augenblicklichen Bewegung ganz ferne stehen wollen und den Putsch entschieden verurteilen. Deshalb ist es dem neuen Reichskanzler bisher nicht gelungen, seine Ministerliste vollständig zu machen. Unterstaatssekretär v. Haniel versicherte mich heute, daß die Deutsche Volkspartei sich ausdrücklich von der Bewegung losgesagt habe und daß selbst die Deutschnationalen offiziell, nicht in dem Ding sein wollen.

Ich hätte Ihnen noch zu berichten über den Ausgang des Prozesses E r z b e r g e r , aber dieses Ereignis tritt gegenüber der Revolution so vollständig in den Hintergrund, daß ich wohl besser tue, darüber zu schweigen. Nur das Eine möchte ich sagen: Erzberger wird ja wohl vorübergehend aus der Reihe der Papabili für einen

, Ministerposten ausscheiden, aber er wird ganz gewiß seinen Einfluß im Parlamente und in den Kulissen des politischen Lebens beibehalten und eines schönen Tages wieder ganz auf der Oberfläche auftauchen; ihm konnte kein besserer Dienst erwiesen werden als dieser Putsch, der sich unmittelbar nach der Veröffentlichung des Urteils " gegen" Helfferich ereignet hat.

Da es den Anschein hat, als sollten die verschiedenen Fälle, in welchen Deutsche sich gegenüber Offizieren oder Soldaten der Entente vergangen haben, den Ausgangspunkt für neue Repressalien bilden, halte ich es für angezeigt, einige Mitteilungen hier wiederzugeben, welche mir von beteiligter Seite gemacht worden sind.

Der Vorfall im Hotel Adlon erweist sich mehr und mehr als das Produkt einer Augenblicksstimmung einzelner Herren, die unter dem Einfluß des Alkohols gehandelt haben. Allgemein wird diese Tat des Prinzen Joachim verurteilt und jeder deutschen Regierung ist es durch die besonderen Umstände des Falles leicht gemacht, mit aller Schärfe gegen den oder die wenig zahlreichen Fehlbaren vorzugehen. Die betroffenen französischen Offiziere sollen sich wirklich einwandfrei benommen haben. Ein italienischer Offizier sagte mir, daß die Angehörigen der fremden Militärmissionen den Befehl haben, sich jeweilen von den Sitzen zu erheben, wenn in öffentlichen Lokalen n a t i o n a l e Hymnen oder Lieder gespielt werden. Diese Vorschrift habe den fremden Offizieren Veranlassung gegeben, sich an maßgebender Stelle darüber zu erkundigen, ob das Lied "Deutschland über Alles" zu den Nationalliedern gehöre und da die Antwort bestimmt verneinend ausgefallen sei, hätten die Offiziere es ablehnen müssen, sich zu erheben, als ihnen dies im Adlon zugemutet worden sei.

Die Vorfälle in B r e m e n und Wilhelmshafen sind ungleich ernster, weil dort tatsächlich englische, französische und

italienische Offiziere in Uniform gröblich beschimpft, angegriffen und mißhandelt worden sind. Nach den Mitteilungen des mir befreundeten italienischen Korvettenkapitäns v. Gonzenbach, der an den Vorgängen mit beteiligt war, hat sich der Vorgang wie folgt abgespielt: Als die Ententeoffiziere nach Bremen kamen, waren sie in voller Uniform und mit allen ihren Dekorationen angetan. Der Platzkommandant ersuchte die Offiziere höflich, wenn möglich in Zivil zu erscheinen, da die Bevölkerung ungemein erregt sei. Dieses Ansinnen wurde, auf Betreiben des französischen Offiziers, rundweg abgelehnt. Herr v. Gonzenbach macht kein Hehl daraus, daß er es für viel vernünftiger halten würde, wenn überhaupt die in Betracht fallenden Inspektionen in Zivil gemacht würden, aber er versichert mich, daß besonders die Franzosen für solche Ueberlegungen völlig unzugänglich seien.

Als die Offiziere in einer Kaserne Bremens waren, sammelte sich vor derselben eine Menge von Volk, worunter viel Soldaten und Matrosen, die lärmend und johlend gegen die Offiziere demonstrierten. Als dann die Herren heraustraten, wurden sie von der Menge beschimpft und sofort tätlich angegriffen. Herr v. Gonzenbach betrachtet es als ein eigentliches Wunder, daß nicht ernstere Verletzungen vorgekommen seien; ihm selbst wurden die Abzeichen abgerissen und seine Mütze gestohlen. Nach vieler Mühe gelang es dann der Sicherheitswehr, die Ordnung einigermaßen wieder herzustellen und die gefährdeten Offiziere in Automobilen zu entfernen. Mein Gewährsmann versichert mich, daß die Organe der Polizei das Mögliche getan hätten, um die Offiziere zu schützen, daß sie aber nicht genügend vorgebeugt hätten. Die in der deutschen Presse verbreitete Behauptung, die Ententeoffiziere hätten die Auftritte provoziert durch das Verlangen des militärischen Grußes seitens der deutschen Soldaten, ist nach Gonzenbach völlig unwahr: Es falle keinem Offizier ein, im

unbesetzten Gebiet von irgend einem Deutschen einen militärischen Gruß zu verlangen; die eigenen Soldaten der Entente grüßen ja nur die Vorgesetzten der eigenen Armee, ein englischer Soldat denke z.B. gar nicht daran, auf der Straße einen französischen Offizier zu grüßen.

Daß in Bremen große Erbitterung herrscht, ist ja sehr verständlich, denn es gibt kaum eine Stadt in Deutschland, welche so schwer zu leiden hat unter dem Versailler Frieden, welcher die Kriegs- und Handelsflotte Deutschlands vernichtet und den Norddeutschen Lloyd ruiniert hat. Unter diesen Umständen liegt tatsächlich in dem Auftreten der fremden Marineoffiziere in voller Uniform eine unnötige Provokation, trotzdem anzuerkennen ist, daß die Herren formell in ihrem Recht waren.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die
Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:

Marta

Anlagen erw.